

Das GRÜNE in der Bürgerschaft

Aus der Stadtbürgerschaft vom 11. Dezember 2012

Zur Übersicht und zu den Dokumenten: <http://gruenlink.de/ecz>

Kulturhauptstadt Riga: Bremens Partnerstadt unterstützen

Als Bremen sich – leider vergebens – als Kulturhauptstadt Europas bewarb, hatte sich unsere Partnerstadt Riga an Projekten im Rahmen der Bewerbung beteiligt. Im Jahr 2014 wird Riga Kulturhauptstadt Europas sein, und nun soll umgekehrt sich Bremen mit unterstützenden kulturellen Projekten und der Beteiligung Bremer Künstlerinnen und Künstler revanchieren. Dies ist das Ziel eines heute einstimmig beschlossenen Antrags.



Hier wünscht sich der kulturpolitische Sprecher Carsten Werner, dass nicht nur die formalen Beziehungen in der Städtepartnerschaft eine Rolle spielen, sondern auch das, was für die Kulturszenen in Lettland wie in Bremen interessant und herausfordernd ist. Die Bremer Kultureinrichtungen, Kulturprojekte, Initiativen und Stiftungen sollen für das Jahr 2014 einen konzentrierten Blick nach Lettland werfen, um zu sehen, was uns heute mit Riga verbindet und in Zukunft gemeinsam sein kann. Dies soll sich dann auch bei den Austauschprojekten, Kooperationen und Stipendien niederschlagen.

Initiative gegen Wohnungslosigkeit

Der heute beschlossene Antrag „Zukunft der Wohnungslosenpolitik in Bremen“ fordert vom Senat ein Konzept zur wirksamen Vermeidung von Wohnungslosigkeit, denn immer noch gibt es in Bremen Frauen und Männer, die Schwierigkeiten haben, sich am Wohnungsmarkt eine eigene Wohnung zu besorgen bzw. ihre eigene Wohnung zu behalten.



Den Antrag hatte Susanne Wendland formuliert, die sozialpolitische Sprecherin der Fraktion. Sie wies darauf hin, dass das Recht auf eine eigene Wohnung, das nach dem Zweiten Weltkrieg in die Landesverfassung aufgenommen wurde, um allen Menschen ein eigenes Dach über dem Kopf zu verschaffen, heute nichts an Aktualität eingebüßt hat. Mit dem kürzlich vom Senat beschlossenen Programm zur sozialen Wohnraumförderung ist ein erster Schritt erfolgt, mehr Wohnraum für die besondere Gruppe der Wohnungslosen, also alleinstehende Wohnungslose, Straftatlassene, Drogenabhängige und Asylbewerber, zu schaffen. Den Antrag fassen diese drei Kernforderungen zusammen: ausreichend bezahlbarer Wohnraum, Dezentralisierung und Ambulantisierung der Hilfen und mehr Vielfalt bei den Trägern.

Was noch?

Auch nach Vermarktung und Entwicklung sollen im Schuppen 3 in der Überseestadt neben Wohnungen weiterhin Räume für die Kreativwirtschaft zu moderaten Mieten zur Verfügung stehen.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de

Quartiersentwicklung George-Albrecht-Straße

Die Blumenthaler George-Albrecht-Straße und Umgebung sind geprägt von vielfältigen gesellschaftlichen Problemlagen. Soziale Ausgrenzung und Benachteiligung führen zu Auseinandersetzungen unter der Bevölkerung, die Zahl der Erwerbslosen ist hoch wie auch die Kriminalitätsrate und Jugendgewalt. Gegenwärtig wird den dort ansässigen Roma die Schuld dafür in die Schuhe geschoben, obwohl auch die Polizei solchen Darstellungen widerspricht und die Kooperationsbereitschaft der Roma-Familien hervorhebt. Deutlich ist jedoch, dass etwas getan werden muss. Von vielen wird die Einrichtung eines Quartierstreffpunkts gefordert, verknüpft mit einem Quartiersmanagement und anderen vernetzten Angeboten. Ein rot-grüner Antrag fordert vielfältige konzertierte Maßnahmen zur Verbesserung des sozialen Umfelds und des gesellschaftlichen Miteinanders.



Der Bremen-Norder und kinderpolitische Sprecher Stephan Schlenker ging auf die hochkochende ungute Stimmung ein, die auf einem Gemenge aus kriminellen Jugendlichen, MigrantInnen, UreinwohnerInnen und rechten Parolen beruht. Hier tat sich auch der Blumenthaler Ortsamtsleiter mit populistischen Forderungen nach drastischen Strafen und kollektiven Abschiebungsforderungen für MigrantInnen hervor. Schlenker hielt es für dringlich geboten, dass die öffentliche Meinung nicht auf dem Rücken der Schwächsten ausgetragen werde und dass in Blumenthal kein rechtsfreier Raum entstehen dürfe. Und es ginge nicht an, dass die Folgen von Europäisierung in ausgegrenzten Wohngebieten sichtbar werden und in Fremdenhass ausufern.

„Nette Toilette“ barrierefrei

Das Projekt "Nette Toilette", bei dem Gastwirte ihre Toiletten nicht nur für ihre Kundschaft bereithalten, startet Anfang 2013. Was viele aber noch nicht wissen, ist, dass die Stadt Zuschüsse für Umbaumaßnahmen vergibt, um Toiletten auch barrierefrei zugänglich zu machen. Dies zu ändern, ist das Ziel des heute beschlossenen Antrags „Nette Toiletten‘ möglichst barrierefrei“.



Dirk Schmidtman, behindertenpolitischer Sprecher der Fraktion, hatte das Thema schon mit einer Kleinen Anfrage aufgegriffen (siehe unter dem oben genannten Link zur Übersicht und zu den Dokumenten) und machte mit dem Antrag noch einmal Druck.

